

Rede Top 11 zum B-Plan an den Stadtwiesen , STVV 11.2.16 , von Christoph v. Fumetti

Sehr verehrte Frau Heimann,
werte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste,
Ich zitiere:

„Einladung (der Bürger für Bensheim) zur Veranstaltung "Stadtplanung und Integration" am 02. 02.2016 um 19.30 h im Bensheimer Hotel Felix, Dammstraße 46

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger westlich der Autobahn,
in der Stadtverordnetenversammlung am 11. Februar 2016 soll eine Änderung des Bebauungsplanes „An den Stadtwiesen“ auf den Weg gebracht werden. Diese Änderung sieht vor, dass das bisherige Gewerbegebiet in ein Mischgebiet umgewandelt wird. Dadurch können in diesem Gebiet auch Flüchtlingsunterkünfte und Sozialwohnungen gebaut werden.

Das Gebiet liegt gegenüber dem ehemaligen Bierdorf in der Schwanheimer Straße. Auf der gegenüberliegenden Seite der Schwanheimer Straße wurde bereits das Bierdorf in eine Flüchtlingsunterkunft mit rund 100 Flüchtlingen umgewandelt...“
Zitatunterbrechung.

Soweit ist alles fast korrekt und wir werden diese Änderung der Nutzungsumwandlung aufgrund des Aufstellungsbeschlusses im letzten Dezember heute auch beschließen. Punktum!

Und wir sind damit erheblich schneller als bei der letzten Umwandlung von einem Industrie- in ein Gewerbegebiet, die vom Dez. 1997 bis Feb, 2004 6 ¼ Jahre benötigte. Warum diese Eile? Der Grund sollte eigentlich allen Mitgliedern dieses Plenums bekannt sein. Wir müssen in Bensheim nicht nur Asylbewerber – zu den bisher 467 noch weitere 193 bis Ende März, sondern zunehmend auch anerkannte Asylanten unterbringen. Und auf Dauer können wir auch Asylbewerber nicht in Einrichtungen wie das Bierdorf unterbringen, schon gar nicht anerkannte Asylanten, die ihre Familien nachholen können. Von letzteren wird ein großer Anteil zunächst auf Sozialwohnraum angewiesen sein.

Nochmals der Hinweis, ich habe das vorhin schon in meiner Rede zum BW 18 deutlich schon gesagt: Wir dürfen und wir werden dabei aber unter keinen Umständen unsere Mitbürger vergessen, die ebenfalls auf ein Angebot von sozial erschwinglichem Wohnraum angewiesen sind und in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt wurden. Sonst wären Neiddebatten und soziale Spannungen die unausweichliche Folge.

Noch eine Klarstellung: Wir müssen unterscheiden zwischen denen, die bei uns eine sichere Zuflucht suchen – allgemein als Asylbewerber bezeichnet – und denen, die hier nach dem Asylrecht oder Ausländergesetz dauerhaft oder temporär bleiben dürfen. Darüber entscheidet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, BAMF, und bei Einspruch der Betroffenen ein Verwaltungsgericht. Für die Unterbringung der Asylbewerber sind nach dem Asylbewerbergesetz die Kommunen zuständig – also der Kreis oder die kreisangehörigen Gemeinden, für die, die bleiben dürfen, allein die Gemeinden. Bei uns hat für die Asylbewerber der Kreis unter der Regie des Kreisbeigeordneten Matthias Schimpf diese Aufgabe übernommen und er hat bis zum 1. Februar dieses Jahres 3.422 Asylbewerber ohne Inanspruchnahme von Turnhallen oder Gemeinschaftshäusern unterbringen können. Weitere 956 Asylbewerber werden bis zum Ende des Quartals noch kommen, von denen 193 nach Bensheim sollen. Dabei wird, die Information liegt uns heute vor, die ehemaligen „Kombrecht-Engel-Schule“ in der Europa-Allee von zentraler Bedeutung sein, mit dessen Eigentümer der Kreis wieder verhandelt hatte.

Zu diesen Asylbewerbern sind allerdings jetzt schon 170 Personen hinzuzurechnen, die bedingt durch einen Aufenthaltstitel (temporär oder auch unbefristet) eigentlich nicht mehr in der Unterkunft für Asylbewerber verbleiben dürften, sondern sich auf dem freien Markt eine Wohnung suchen müssten. Dies unterstreicht schon jetzt die Dringlichkeit der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für die Zukunft.

Meine Damen und Herren.

Ich zitiere wieder aus der BfB-Einladung mit Kommentaren:

„Auf der gegenüberliegenden Seite der Schwanheimer Straße wurde bereits das Bierdorf in eine Flüchtlingsunterkunft mit rund 100 Flüchtlingen umgewandelt (Kommentar: Soweit zutreffend, wenn auf der anderen Straßenseite 250m Distanz nach Osten noch als gegenüberliegend verstanden wird!)

... und in diesem Bereich wird auch ein großes Bürogebäude derzeit für den gleichen Zweck umgebaut.

(Kommentar: Das ist schon seit längerem angemietet, schon umgebaut und wird derzeit belegt! Weitere Maßnahmen des Kreises sind derzeit in diesem Bereich nicht geplant!) Dort fehlen jegliche soziale Strukturen, die für eine Integration unerlässlich sind, z. B. Kindertagesstätten

(Kommentar: Gartenstraße 2100m, Kappesgärten 2400m, Stubenwald 2100m, und ich ergänze Grundschule Kappesgärten 1700m und zur weiterführenden GSS 1600m, richtig ist, die Kindertagesstätte Schatzkiste der freien evangelischen Gemeinschaft Bergstraße e.V. dürfte von muslimischen Eltern abgelehnt werden.)

Einkaufsmöglichkeiten (Kommentar: zum Rewe 1100m, von meinem Haus in Auerbach zum Edeka laufe ich 900m!) öffentlicher Nahverkehr

(Kommentar: Es gibt die Buslinie 676 Bensheim – Langwaden, mit der unter der Woche die schulpflichtigen Kinder von Langwaden über ca. 6km nach Fehlheim und noch weiter nach Bensheim transportiert werden.)

etc. Die BfB spricht sich klar gegen eine Fokussierung der Flüchtlingsunterkünfte westlich der Autobahn aus. Wir sind der Auffassung, dass dezentrale Flüchtlingsunterkünfte der beste Weg zur Integration sind.“

Zitat Ende.

Zum Thema Fokussierung: Asylbewerber leben im Mercur Hotel (Minderjährige, für die Kreisjugendamt zuständig ist), in der Moselstraße, in der Nibelungenstr., am Ritterplatz neben dem Weingut, im alten Frauenbüro, im Josephshaus am alten Heilig Geist Krankenhaus, in der Hausmeisterwohnung am Weiherhaus. Und dann eben in jeweils größerer Zahl im ehemaligen Bierdorf und bei Vollbelegung in der Wiesenstraße. Derzeit neu gebaut werden Unterkünfte im Grenzweg, die in diesem Jahr bezugsfertig sein sollen. Und neu gebaut sollen und werden auch die Unterkünfte entlang der Schwanheimer Straße.

Denn, meine Damen und Herren, das ehemalige Bierdorf und das Bürogebäude sind keine Einrichtungen von Dauer. Es sind auch für den Kreis Notbehelfe, um Flüchtlinge unterbringen zu können, um nicht auf Sporthallen und Dorfgemeinschaftshäuser zugreifen zu müssen. Zwangszuweisungen in leerstehende Wohnungen oder gar Enteignungen wird es nicht geben. Also brauchen wir Zeit und den guten Willen aller, an dieser Aufgabe mitzuwirken.

Meine Damen und Herren!

Ich komme zum Schluss und zitiere aus dem BA-Bericht vom 06.02. zu der anfangs erwähnten Veranstaltung, in dem Franz Apfel wie folgt zitiert wird: „Franz Apfel rief eingangs die Vorfälle in der Silvesternacht in Köln und in anderen Städten und die damit aufkeimenden Ängste in Erinnerung, um nachdrücklich vor dem Bau einer Flüchtlingsunterkunft in diesem Gebiet zu warnen.“

Dies diffamiert 1 Million unbescholtene Flüchtlinge, die bei uns Schutz suchen. Und dies widerspricht dem Geist der Bensheimer Erklärung, die am Eingang ausliegt: Nächstenliebe leben statt Angst und Hass verbreiten. Ich habe manchmal das Gefühl, Sie machen hier das Geschäft der AfD. Das gefällt mir nicht!